

Showcase), Konferenzen mit Kulturschaffenden und Kulturpolitikern sowie dem Künstlerprogramm (*Visual Arts decibel awards*) umgesetzt. Neben dem Programm gab es eine gezielte Projektförderung für *cultural diversity*. Die Bemühungen des Arts Council wurden aber nicht immer positiv aufgenommen. So haben vor allem betroffene Künstlerinnen und Künstler moniert, dass ihre Kunst nur aufgrund ihrer ethnischen Herkunft gefördert und die künstlerische Qualität ihrer Arbeit damit angezweifelt werde. Diese Auseinandersetzung führte aber dazu, dass Strukturen in den Kulturinstitutionen infrage gestellt wurden und eine Veränderung hin zur Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen gezielt von Politik und Kultur angestrebt wurde.

Es ist offensichtlich ein Balanceakt, eine vernachlässigte, keinesfalls homogene Gruppe so zu fördern, dass sie zu einem »natürlichen« Teil der Kulturszene wird.

Dabei muss ein Weg zwischen Vorgabe und Selbstregulation gefunden werden. Es sollte, wie die Kritiken am englischen Weg der Förderung von *cultural diversity* belegen, kein »extra Topf« eröffnet werden, der die Künstler mit Migrationsbiografie noch mehr aus dem Mainstream ausgrenzt. Es bedarf aber trotzdem einer bewussten Auseinandersetzung durch Kulturpolitik und die Kulturinstitutionen für eine aktive Teilhabe von Kulturschaffenden und Besuchern im Kunstbetrieb. Im Falle des Theaters geht es nämlich eben nicht nur darum, wer auf der Bühne steht, sondern wer die künstlerische Leitung innehat, wer und vor allem wie die künstlerischen Positionen des Theaterhauses vermittelt werden. Nur durch die Veränderung von personellen, strukturellen und künstlerischen Routinen in den Künstlerinstitutionen kann letztlich eine angemessene Repräsentation der multi-ethnischen deutschen Gesellschaft erreicht werden. ■

Peter Brandt

Weder Ost noch West

Ein unabhängiger Linksozialismus im geteilten Deutschland

Der Ost-West-Konflikt hatte während der viereinhalb Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, insbesondere in der Phase des offenen Kalten Krieges zwischen den späten 40er und den frühen 60er Jahren, die Tendenz, sich alle politischen und sozialen Konflikte unter- bzw. zuzuordnen, auch wenn sie eigentlich gar nicht in das Schema der Blockkonfrontation passten. Die Vormacht des einen bestehenden Systems erhob den Anspruch, für die Freiheit in der Welt zuständig zu sein, die Vormacht des anderen erklärte sich zuständig für den sozialen Fortschritt. Ihre bedingungslosen Anhänger waren stets schnell dabei, innere Opposition, vor



Peter Brandt

(* 1948) ist Professor für Neuere deutsche und europäische Geschichte an der Fernuniversität Hagen.

peter.brandt@fernuni-hagen.de

allem wenn sie grundsätzlicher Art war, der »anderen Seite« zuzuordnen. Dieser Deutungsschemata bediente man sich im Ostblock plumper als im westlichen Block, und die Konsequenzen waren weit unangenehmer für die Kritiker des Post-Stalinismus im Osten als für Antikapitalisten und

Radikaldemokraten im Westen, jedenfalls in der nördlichen Hemisphäre, doch die Logik war die gleiche. »Objektiv«, so hieß es, nutze der Widerspruch gegen die jeweils kanonisierten Glaubenssätze nur dem Gegner im Systemkonflikt. Während die Existenz eines vermeintlich sozialistischen Kontrahenten in den kapitalistischen Ländern materielle und sozialpolitische Zugeständnisse an die breiten Massen ermöglichte, und damit die Erstarkung der gemäßigten Gewerkschaften sowie teilweise auch der Sozialdemokratie zweifellos begünstigte, trug die Anschauung der im Wettbewerb mit dem Westen materiell zurück bleibenden, jede unabhängige Regung unterdrückenden Diktatur der Nomenklatura im Osten zur Marginalisierung unabhängiger Bestrebungen auf beiden Seiten der Konfrontationslinie der Blöcke bei.

Besonders offenkundig war dieser Mechanismus in Deutschland. Die staatliche Teilung konnte anfangs von allen politischen Formationen nur als eine vorläufige verstanden werden und verschaffte in beiden Staaten Kräften Vorrang, die unter anderen Umständen sicher bzw. wahrscheinlich in der Minderheit geblieben wären: den sowjetorientierten Kommunisten um Walter Ulbricht einerseits, dem katholisch geführten, westorientierten Flügel des bürgerlichen Lagers um Konrad Adenauer andererseits. Leidtragend war in beiden Staaten die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, deren Potenzial teils durch die Zwangsfusion mit der KPD, teils durch die Abtrennung der alten Hochburgen östlich der Elbe gewissermaßen neutralisiert wurde.

Kristallisationspunkt einer »Neuen Linken«

Nach der – wie plausibel auch immer begründeten – Akzeptierung der gesellschaftspolitischen sowie der außen- und sicherheitspolitischen Weichenstellungen der ersten beiden Regierungen Adenauer durch

die SPD 1959/60 wären Vertreter der früheren sozialdemokratischen Grundpositionen heimatlos geworden, hätte es nicht den SPD-nahen Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) gegeben. Dieser wurde in den Jahren des sich seit 1964/65 abzeichnenden Wiederaufstiegs radikal-oppositioneller Strömungen in Westdeutschland (und West-Berlin) zum Kristallisationspunkt einer »Neuen Linken« zwischen – oder besser: neben – Parteikommunismus einerseits und weitgehend integrierter Sozialdemokratie andererseits, eine Entwicklung, die auch international zu beobachten war.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, sind einzelne Zeithistoriker und Journalisten seit den 90er Jahren eifrig bemüht, die Protestbewegungen und die Fundamentalopposition in der Bundesrepublik seit den 50er Jahren als nicht nur objektiv den Interessen der SED dienend, sondern auch von Agenten des DDR-Staatssicherheitsdienstes angeleitet oder zumindest in hohem Maß beeinflusst, darzustellen. Politisch geht es darum, die Legitimität kapitalismuskritischer Positionen prinzipiell in Frage zu stellen. Das Beweismaterial für die behauptete Fernsteuerung ist in den zentralen Punkten alles andere als überzeugend. Gewiss gab es solche Versuche, und bestimmte Sektoren der westdeutschen Linken gerieten wiederholt unter direkten oder indirekten SED-Einfluss. Pauschal gilt dies jedoch keineswegs, und es gilt am wenigsten für die linkssozialistische Haupttendenz des SDS in den späten 50er und frühen 60er Jahren sowie für dessen schließlich mehrheitlich antiautoritären Flügel in den mittleren und späten 60er Jahren.

Das ist eines der Ergebnisse der kürzlich erschienenen Untersuchung von Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker über den SDS, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links. Obwohl der legendäre Rudi Dutschke zu Recht einen prominenten Platz einnimmt, behandelt das Buch der beiden Experten – aus ihrer Feder

stammen mehrere einschlägige Werke – die gesamte Wirkungszeit des Verbandes seit seiner Gründung 1946. Vorsitzender war damals Helmut Schmidt.

Als besonders fruchtbar für das Verständnis der Entwicklung des SDS erweist sich erneut das Konzept der Einbeziehung unterschiedlicher, durch die jeweiligen Lebenserfahrungen geprägten Generationen. Ohne die generationsspezifischen Erfahrungen bleiben – nicht nur in diesem Fall – die politisch-ideologischen Auseinandersetzungen unwirklich abgehoben, ihre Nachzeichnung im schlechten Sinne idealistisch.

Fichters und Lönnendonkers Darstellung wird ergänzt um einen mehr als die Hälfte des Werkes umfassenden, nicht nur instruktiven, sondern auch eigene Studien anregenden Dokumententeil, der dem Leser bis zu einem bestimmten Grad ermöglicht, die Interpretation der Autoren selbst zu überprüfen. Er beginnt mit einer Stellungnahme der SDS-Zeitschrift *Unser Standpunkt* vom Juli 1953 zum vorangegangenen Arbeiteraufstand vom 17. Juni in der DDR mit dem Titel »Die gerechte Sache wird siegen«, und endet mit zwei als Erwidern geschriebenen Artikeln der beteiligten Zeitzeugen Jürgen Seifert und Urs Müller-Plantenberg aus den Jahren 1998 und 2009. Dazwischen finden sich 20 thematisch einschlägige Resolutionen, Positionspapiere, Reden und Interviews aus und zu der untersuchten Zeit, überwiegend mit Quellencharakter, darunter auch der Auszug des Protokolls einer zum 30. Jahrestag der doppeldeutschen Staatsgründung 1979 stattgefundenen Diskussionsveranstaltung, an der u.a. Egon Bahr, Rudi Dutschke, Tilman Fichter und Peter Glotz beteiligt waren.

Die Autoren nennen den selbst verfassten Teil im zweiten Untertitel eine »deutschlandpolitische Streitschrift«. Diese Bezeichnung passt nur bedingt. Es handelt sich um eine in der Deutung bewusst zugespitzte und in geschichtspolitischer Absicht verfasste zeithistorische Abhand-

lung, die ausgesprochen meinungsfreudig daher kommt. Die einzelnen Handlungen und Stellungnahmen der Akteure der Geschichtserzählung werden nicht nur im Sinne eines, meist plausiblen, analytischen Sachurteils, sondern häufig auch politisch wertend kommentiert. Es ist aber stets erkennbar, auf welcher Ebene die Urteile angesiedelt sind, so dass die Darstellung auch für die Leser einen Gewinn bringt, die den Wertungen nicht folgen möchten. Zudem trägt das skizzierte, gewissermaßen als intensive Ansprache an den Leser zu verstehende, manchmal gewöhnungsbedürftige Kommentierungsverfahren zur Lebendigkeit des ausgesprochen gut lesbaren Werkes bei.

Eine wertvolle Ergänzung und historisch-politische Einordnung liefern die beiden Vorworte von Rolf Schneider, dem SED-kritischen Schriftsteller aus der DDR, und Christian Semler, dem SDS-Aktivisten, Funktionär einer maoistischen Gruppierung und späteren unabhängigen linken Journalisten. Beide gehörten in der Periode der betonierten Zweistaatlichkeit zu denjenigen, die ein ausgeprägtes Gespür für die andauernde potenzielle Brisanz der »deutschen Frage« entwickelt hatten. Auch in diesen Vorworten spiegelt sich die Leidenschaft, die das Thema seit jeher begleitet und die die Hauptverfasser Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker umtreibt. Sie artikulieren, was sie seit jeher vertreten haben: dass sich die deutsche Linke (in des Wortes denkbar weitester Bedeutung) auf äußerst dünnem Eis bewegt, solange sie nicht zu einer realistischen, durchaus (selbst-)kritischen, doch nicht allein negativen Einstellung zu Volk und Nation, namentlich zur deutschen Einheit, zurückfindet. Eine solche Position als »deutschnational« oder »nationalistisch« zu bezeichnen, wie es heute bisweilen geschieht, ist schlicht abwegig.

Anders als es eine zählbeige Mär wissen will, war internationales Denken und Empfinden in der Geschichte der Arbei-

terbewegung bzw. der Linken nicht mit einer anti- oder anationalen Haltung identisch – das gilt übrigens auch für den kommunistischen Zweig –, zumal wenn ein so unübersehbares nationales Problem existierte wie im Nachkriegsdeutschland die staatliche und gesellschaftliche Spaltung des Landes. Es handelte sich vielmehr darum, Problemstellungen und Lösungsansätze zu artikulieren, die die Aufhebung der Teilung mit dem humanitären, friedenspolitischen und sozialemanzipatorischen Zielhorizont verband. In den 50er Jahren zogen SPD und SDS diesbezüglich noch an einem Strang: im Widerstand gegen die militärische Bindung von BRD und DDR in die jeweiligen Pakte sowie die Atombewaffnung der Bundeswehr, und die Stationierung von amerikanischen Atomwaffen auf westdeutschem Territorium bzw. bei der Forderung nach Schaffung einer militärisch verdünnten und paktfreien Zone in Mitteleuropa.

Trennung endgültig verbrieft

Die Trennung von SPD und SDS erfolgte zu Beginn der 60er Jahre, endgültig verbrieft im Unvereinbarkeitsbeschluss vom November 1961. In den 60er Jahren hielt der Studentenbund zunächst noch an alten Positionen fest, wie sie noch im sozialdemokratischen Deutschlandplan vom 18. März 1959 niedergelegt worden waren, ging dann aber dazu über, nach und nach ganz eigene Standpunkte zu erarbeiten. Die Partei hingegen, in der gesellschaftspolitischen Programmatik eine eher sozial-liberale Richtung einschlagend, konzipierte und erprobte nach dem Mauerbau 1961 sukzessive einen neuen ost- und deutschlandpolitischen Ansatz in Berlin.

Dieser ging vom Status quo der Teilung und der westlich-östlichen Paktebindung aus, um in einem längeren Entspannungsprozess »mit vielen Schritten und vielen Stationen« (Egon Bahr 1963 in

Bad Tutzling) eines Tages zur Überwindung dieser Situation und der damit verbundenen Feindbildblockade beizutragen. Ab Mitte der 60er Jahre zeichneten sich die Konturen einer linken Außerparlamentarischen Opposition (APO) mit »antiautoritärer« Stoßrichtung in der Bundesrepublik und namentlich in West-Berlin ab, als deren vielleicht wichtigster Protagonist sich der aus der DDR geflohene Rudi Dutschke profilierte. Die in eine Art Jugendrevolte mündende antiautoritäre Bewegung, die bis Ende des Jahrzehnts Einfluss auf wohl die Mehrheit der Studierenden und beträchtliche Teile der Gymnasiasten und Lehrlinge gewann, geriet »naturgemäß« in Gegensatz zu der auf die Große Koalition der Jahre 1966-69 zielende Gemeinsamkeitsstrategie der SPD, die der innenpolitischen Polarisierung der frühen 70er Jahre vorausging.

Wie die sozialdemokratischen Vordenker der Neuen Ostpolitik waren auch Dutschke und seine engeren Gefährten davon überzeugt, dass die deutsche Frage durch die Zweistaatlichkeit und das der Selbsterhaltung dienende Arrangement der Supermächte in Europa nach der Kubakrise vom Herbst 1962 nicht gelöst, sondern nur entschärft und quasi auf Eis gelegt sei. Die SPD-Ostpolitiker waren zwangsläufig auf eine schrittweise Erleichterung der gegebenen Verhältnisse auf dem Verhandlungsweg verwiesen, wobei die Machtinteressen aller Beteiligten berücksichtigt werden mussten. Die beide Systeme ablehnende Fundamentalopposition des antiautoritären SDS entwickelte einen scharfen kritischen Blick für die Staatsfixierung und die diplomatische Befangenheit der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik, befand sich indessen aber auch in der komfortablen Position, ihr keine konkreten Vorschläge für Regierungs- und Parteihandeln entgegenzusetzen zu müssen. Die »große Verweigerungsrevolution«, wie Rudi Dutschke sie bezeichnete, würde, so meinte man, ohnehin andere Wege gehen.

Unvereinbare Positionen

Als Bahr und Dutschke rund ein Jahrzehnt später öffentlich direkt miteinander diskutierten, verstanden sie sich einfach nicht. Dutschke setzte weiterhin auf Basisbewegungen beiderseits der Blockgrenze. Es ging ihm darum, dass diese sich positiv und bewusst aufeinander bezögen, sich im Kampf um radikale Demokratisierung und soziale Emanzipation als Verbündete begreifen sollten, statt dem Ost-West-Reflex (der Feind meines Feindes ist mein Freund) zu folgen. Staatliche Politik und Politik von Großorganisationen, die die erstrebte Annäherung von unten, in Deutschland fast automatisch die nationale Frage aktualisierend tatsächlich oder vermeintlich behinderten, stieß bei Dutschke auf Vorbehalte, Kritik oder offene Ablehnung.

Egon Bahr, dem es nicht zuletzt stets um die dauerhafte Beseitigung der Kriegsgefahr als Vorbedingung eines jeden konstruktiven Handels ging, dachte aus dieser Perspektive Politik in der Tat von oben her und sah vor allem in unkontrollierten, unberechenbaren Massenbewegungen, namentlich im östlichen Europa, die größten Risiken. Für ihn führte der Weg zur Quasi-Sozialdemokratisierung des Ostblocks und zur Einheit Deutschlands über die immer engere Verzahnung beider Paktsysteme und in ihrer Mitte insbesondere beider deutschen Staaten, wobei er die gedankliche Konsequenz nicht scheute, dass auf diesem langen Weg eine Liberalisierung der DDR zunächst deren innere und äußere Stabilisierung voraussetze.

Nun lässt sich nicht übersehen, dass sich große Teile des linkssozialistischen, sozialdemokratischen und linksliberalen Spektrums in der Bundesrepublik im Verlauf der 60er, dann vor allem der 70er und 80er Jahre von einer gesamtdeutschen Orientierung gleich welcher Art entfernten und bzw. oder, denn das musste nicht Hand in Hand gehen, die Ordnung des »real existierenden Sozialismus« in Mittel- und Ost-

europa als unveränderbares, wenn nicht sogar historisch progressives Faktum ansahen, dessen Gestaltung die Linke Westdeutschlands nichts anginge. Dieser Trend, dessen gesellschaftliche und politische Gründe vielfältig waren, machte dezidierte Gesamtdeutsche zu Vertretern einer Minderheit, wenn auch die Friedensbewegung und die Stationierungsdebatte der frühen 80er Jahre (»Nachrüstung«) manche Problemstellungen der 50er Jahre und damit auch die nationale Frage indirekt reaktivierte.

In der Funktionärsschicht der SPD, wie auch in der breiten Mitgliedschaft war das Verständnis sowohl für die sozialemanzipatorische Substanz eines Ansatzes der Entspannung von unten mit einer Status-quo-Überwindung durch dialektische Konvergenz als auch auf der anderen Seite für eine langfristige und graduelle Umgestaltung der Blockarchitektur Europas, mit der deutschen Teilung als Scharnier, mittels der Fortführung und Weiterentwicklung der herkömmlichen Entspannungspolitik Ende der 80er Jahre nur noch schwach ausgeprägt. Insofern besteht auch nach Fichters/Lönnendonkers Schrift weiterhin Bedarf an kritischer Analyse und selbstkritischer Reflexion des Zustands der Sozialdemokratie bzw. der Linken während des Umbruchs 1989/90.

Umso wichtiger ist es, der Denunziationsmaschinerie Contra zu geben, die nicht enden wollend darauf ausgerichtet ist, diejenigen politischen Kräfte, welche jüngst endlich Erfolg darin zu haben scheinen, den im Zeichen des Neoliberalismus dominierenden abstrakten Freiheitsdiskurs mit dem Wiederaufleben eines sozialen Diskurses herauszufordern, dadurch zu entlegitimieren, indem man sie mit der SED in Verbindung bringt.

Tilman Fichter/Siegward Lönnendonkers: Dutschkes Deutschland. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links. Klartext-Verlag, Essen 2011, 318 S., € 19,95. ■